

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzolamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590,
Direktor:
Rieser Nr. 52.

Nr. 8.

Montag, 11. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 (einschl. Postgebühr ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Röhren- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorläufig, durch Riage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Deutschland zahlt keine Tribute mehr.

Sieben Beuthener Bergleute lebend geborgen. Noch keine Entscheidung über Reichspräsidentenwahl.

Wichtige Erklärungen des Reichskanzlers.

1) Berlin. Statt der erwarteten Entscheidung in der Frage der Reichspräsidentenwahl hat am Sonnabendabend Reichskanzler Dr. Brüning dem Chefredakteur des halbamtlichen Volkswirtschaftlichen Telegraphenbüros eine aussehens-erregende programmatische Erklärung gegen weitere Tributzahlungen abgegeben.

Insgesamt erklärte Reichskanzler Dr. Brüning im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Liste der deutschen Delegation für die Reparationskonferenz in Lausanne dem Chefredakteur des VTB, daß der Reparationskonferenz eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fülle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Delegation selbst zu übernehmen. Außerdem würden die zuständigen Ressortminister, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmbold, teilnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär von Bülow befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutamen Konferenz naturgemäß auch das auswärtige Amt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Zurückhaltung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichskanzlei, die Arbeitsfähigkeit des Reichskabinetts in Berlin, namentlich für etwaige Rückfragen der Lausanner Delegation, sicherzustellen. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswehrs und Reichsinnenministers Dr. J. C. Groener stehen. Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Reichskanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Chefredakteur wies hierbei insbesondere auf die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung des Völkerrechtsrates des Reichstages hin, in der bekanntlich auf kommunikativen Antrag über die Frage der etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Beschluß gefaßt werden solle.

In seiner Antwort verlornte der Reichskanzler diese Bedenken keineswegs, fügte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem eingangs erwähnten Grunde das absolut Vorzuziehende sei. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Völkerrechtsrates eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung der reparationspolitischen Fragen finden könne.

Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer anzuschließen. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluß hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein.

In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anschide, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen doch nicht gut möglich.

Die Frage des Pressevertreters, ob er diese Ausführungen des Reichskanzlers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Reichskanzler ausdrücklich. Der Pressevertreter fügte hinzu, daß für die Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhten sie im wesentlichen darauf, daß die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Abordnung in Lausanne noch nicht genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit bekannt sei.

Der Reichskanzler unterbrückte sein Erstaunen über diese Frage nicht und betonte, daß irgendwelche Zweifel an der Haltung der deutschen Abordnung in Lausanne doch nicht gut möglich sei. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Veröffentlichungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Aeußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte.

Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Berliner Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die ver-
breitendsten Folgen sichtbar, die diese Krise gerade

für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel daständen. Zugleich bewege der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebleterlich ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wohin die Entscheidung der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungs-unfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Young-Planes ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt.

Es liege klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache.

Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrecht zu erhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse.

Bei diesem Stand der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben.

Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchen, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Anschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in seinem Lager mehr an der inneren Einigkeit in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden, und wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Der englische Botschafter bei Brüning.

London. Unter der Überschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlicht der Star ein Reuters Telegramm aus Berlin über einen Besuch des Botschafters Sir Horace Rumbold bei Dr. Brüning. Hierbei verständigte der Kanzler den Botschafter davon, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könnte, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden solle. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationen eintreten. Man wolle in Berlin darauf hin, daß das geborgte Geld, mit dem Deutschland bisher seine Reparationen bezahlt hätte, da es nicht für produktive Zwecke verwendet worden sei, tot sei. Das deutsche wirtschaftliche Leben lebe jetzt am Rande des Zusammenbruchs. Dieser würde unvermeidlich werden, wenn versucht würde, wieder die Reparationslasten Deutschland aufzuerlegen. Wenn Deutschland dagegen von dieser Last befreit würde, so werde es in der Lage sein, seine privaten Schulden zur gegebenen Zeit zu bezahlen. Aber es könne unmöglich diese und die Reparationen zusammen zahlen.

Londoner Botschaften zur Reparationsfrage.

1) London. Die Erklärung des Reichskanzlers Brüning über die deutsche Zahlungsunfähigkeit bildeten die Haupt-sensation des gestrigen Sonntags.

Das erste Echo der Kanzlererklärung aus Paris, das bekanntlich dahin geht, daß der Zusammentritt der Lausanner Konferenz überflüssig geworden sei, hat hier gewisse Unbehagen verursacht, dem der Korrespondent der „Sunday Times“ folgendermaßen Ausdruck verleiht: Es wurde gestern abend in Paris als möglich hingestellt, daß die Konferenz nicht abgehalten werden würde. Ich kann es nicht glauben, denn das würde eine vollständige Stockung bedeuten, die so gefährlich ist, daß der gesunde Menschenverstand gewöhnlich einen Ausweg findet.

„Sunday Die Dispatch“ sagt: Die Lage ist nicht im mindesten hoffnungslos. Aber Mandins Bemerkung, daß die Lausanner Konferenz nunmehr überflüssig sei, kann eine bereits ernste Situation nur noch ernster machen. Verlängerte Ungewißheit hinsichtlich der Reparationen würde der schwerste Fehler in der Außenpolitik sein, den man sich vorstellen kann.

Barvin stellt im heutigen „Observer“ für die Haltung der englischen Delegation auf der Lausanner Konferenz die Forderung: „Laßt die englische Regierung nicht von dem Bekenntnis ihrer eigenen Anschauung zurückweichen, daß der Nachkriegsschuld internationaler Reparationen im allgemeinen Interesse aus der Welt geschafft werden muß“. Ueber die Reparationen und Kriegsschulden schreibt Barvin, die völlige Streichung würde sich für das amerikanische Volk mehr als bezahlt machen. Das gegenwärtige System bedeutet die fortgesetzte Opferung der Wirtschaft an die Tribute — ein häßliches Wort, aber das einzige, das die moralische und praktische Wirkung des Prozesses bezeichne. Streichung ist die Bedingung jeder deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit. Zur Abrüstung sagt Barvin: Entweder Deutschlands Nachbarn müssen ihrerseits gemäß der Völkerbundsatzung abrüsten oder Deutschland werde auf seinem Recht zur Aufrüstung bestehen. Es ist Wahnsinn, anzunehmen, daß eine der größten aller Nationen für immer als ein zweitrangiges Volk behandelt werden kann.

Die Pariser Antwort

Paris, 11. Januar.

Die gesamte Sonntagspresse beschäftigt sich mit den Erklärungen des Reichskanzlers zur Reparationsfrage.

„Deuvre“ meint, man habe von einer Einigung Europas durch Zusammenarbeit geträumt. Zieht Reichskanzler Brüning es vor, bankrott zu machen? Wenigstens müßten die Franzosen wie auch die deutschen Nationalisten wissen, wohin das führe: nämlich weder zum Triumph der einen, noch zur Revanche für die anderen, sondern zum Bolschewismus. — „Quotidien“ bezeichnet die Lage als außer-gewöhnlich ernst, vor allem, weil der Kanzler gleichzeitig mit den nationalsozialistischen Parteien verhandelt.

Der „Matin“ schreibt, man dürfe sich nicht darüber wundern, daß Reichskanzler Brüning am Vorabend einer Reparationskonferenz absichtlich seine Karten aufdecken zu müssen geglaubt habe. „Vielleicht brauche man die offizielle Warnung aus Berlin nur als eine grandiosische Genugtuung für Hitler und Schacht anzusehen; aber jetzt sei Lärm geschlagen worden, und Frankreich müsse Stellung nehmen und entsprechend handeln.“

„Echo de Paris“ fragt, was soll Frankreich angesichts der Erklärungen Brünings tun? Etwa den internationalen Gerichtshof im Haag anrufen? Es ließe sich ein anderer Weg: auf die Gefahr hin, mit der Fiktion der deutsch-französischen Annäherung aufzubrechen, könnte Frankreich sein Mißfallen bei der ersten Gelegenheit zum Ausdruck bringen, bei der Frankreichs direkte oder indirekte Unterstützung nachgesucht würde; die deutsche Wirtschaft hänge nämlich nur an einem Faden.

„Reist Parisien“ behauptet, das Reichskabinet versuche unter Ausnutzung der verschiedenen Interessen aufs neue, die ehemaligen Alliierten und ihre amerikanischen Affilierten auseinander zu bringen. Man scheine aber nicht daran gedacht zu haben, daß die deutsche Unnachgiebigkeit in Lausanne zum völligen Bankrott führen könnte; damit würden weder die Angelegenheiten Deutschlands noch die seiner privaten Gläubiger geordnet.

Vorausichtlich heute noch keine Antwort der Rechten.

Berlin. (Funkdruck.) In politischen Kreisen rechnet man jetzt nicht mehr damit, daß heute noch eine Antwort der Rechten auf den Vorschlag des Reichskanzlers in der Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten erfolgen wird. Für 4 Uhr ist zunächst die angelegte Besprechung zwischen Hitler und Gugenberg vorgesehen; aber man glaubt wohl, daß sie sich solange hinziehen wird, daß die Antwort erst morgen vormittag ertitelt werden kann. Heute nachmittag wird der Kanzler übrigens den Vorstehern der Parteiparlementarischen Fraktion, Dr. Weber, und die Führung des Jungdeutschen Erbes empfangen; außerdem will er auch mit den Führern der Gruppen auf der gemäßigten Rechten Sitzung nehmen.